



29.01.2024

Transkript

„Mit Klimageld Akzeptanz und faire Kompensation sichern?“

Expertin und Experten auf dem Podium

- ▶ **Prof. Dr. Matthias Kalkuhl**
Leiter der Arbeitsgruppe Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung, Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), Berlin, und Professor für Klimawandel, Entwicklung und Wirtschaftswachstum an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam
- ▶ **Dr. Sabine Preuß**
Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Geschäftsfeld Akteure und Akzeptanz in der Transformation des Energiesystems, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe
- ▶ **Prof. Dr. Stephan Sommer**
Professor für Volkswirtschaftslehre, Hochschule Bochum – University of Applied Sciences, und Wissenschaftler im Kompetenzbereich „Umwelt und Ressourcen“ am RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
- ▶ **Hendrik Boldt**
Gastwissenschaftler, Science Media Center Germany, und Moderator dieser Veranstaltung

Mitschnitt

- ▶ Einen Videomitschnitt finden Sie unter:
<https://www.sciencemediacenter.de/alle-angebote/press-briefing/details/news/mit-klimageld-akzeptanz-und-faire-kompensation-sichern-1/>



Transkript

Moderator [00:00:02]

Willkommen, liebe Journalistinnen und Journalisten. Willkommen, liebe Expertin und liebe Experten. Mein Name ist Hendrik Boldt. Ich arbeite als Gastwissenschaftler in der Redaktion des Science Media Centers und freue mich, Sie alle heute hier begrüßen zu dürfen. Das Thema heute ist das Klimageld und seine Alternativen. Ist es eine gute Möglichkeit, um fair zu kompensieren für CO₂-Bepreisung, und schafft es Akzeptanz für diese Maßnahme? Seit einigen Jahren gibt es nationale CO₂-Bepreisung für Verkehr und Wärme. In der EU kommt mit dem zweiten Emissionshandel ab 2027 ein CO₂-Bepreisungssystem, das das deutsche wahrscheinlich ablösen wird und wo deutlich höhere Preise erwartet werden. Anders als bei anderer Klimapolitik, etwa Verboten oder Subventionen, bekommt der Staat hier Geld. Und es ist für alle ersichtlich, dass Kosten anfallen und wie viel wir letzten Endes sozusagen an der Tankstelle draufzahlen müssen. Daher gibt es die Idee: Mit dem eingenommenen Geld könnten wir die Menschen auch kompensieren für die Kosten. CO₂ auszustoßen bliebe also teuer, der Anreiz, sich anders zu verhalten, erhalten. Aber wir können die Menschen entlasten. Zudem könnten wir dadurch eventuell auch Akzeptanz gewinnen für diese Maßnahme. Da gibt es momentan viele politische Diskussionen in der Ampelkoalition darüber, wie man das am besten machen kann und ab wann. Meistens wird das Klimageld hier einfach als Pro-Kopf-Rückzahlung verstanden. Und wir wollen heute versuchen zu verstehen, was das eigentlich für die Kompensationswirkung bedeutet und welche Alternativen es dazu gibt, wie wichtig es tatsächlich für die Akzeptanz ist und was die Forschung dazu weiß. Bevor ich jetzt die Expertinnen und Experten vorstelle, noch einmal kurz an Sie, liebe Journalist*innen: Fragen stellen Sie bitte in das Frage-Antwort-Tool und nicht in den Chat. Wir werden diese Fragen dann weiterreichen an die Expertin und Experten. Das Transkript und das Video werden wir so schnell wie möglich anfertigen. Das erhalten Sie dann in ein bis zwei Tagen. Eine maschinell erstellte Rohfassung des Transkripts können Sie direkt im Anschluss per Mail anfordern. Ich darf jetzt als erstes Herrn Professor Dr. Matthias Kalkuhl begrüßen, tätig am Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change in Berlin und an der Universität Potsdam. Er hat sich insbesondere mit der Verteilungswirkung der CO₂-Bepreisung im Gebäude- und Verkehrsbereich und den Verteilungseffekten verschiedener Kompensationsmechanismen befasst. Außerdem ist bei uns Dr. Sabine Preuß. Sie studierte Psychologie und ist seit 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Geschäftsfeld "Akteure und Akzeptanz in der Transformation des Energiesystems" am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung. Dort hat sie empirisch, vor allem qualitativ, aber auch quantitativ unter anderem dazu geforscht, wie die Verwendung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung und andere Faktoren die gesellschaftliche Akzeptanz für CO₂-Bepreisung beeinflussen. Und schließlich ist noch Professor Dr. Sommer von der Hochschule Bochum bei uns. Er arbeitet auch als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich "Umwelt und Ressourcen" am RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und steht hier sozusagen zwischen diesen beiden Polen. Er hat sich also sowohl mit der Frage der Verteilung als auch der Akzeptanz befasst, wobei er zur Akzeptanz vor allem in größeren quantitativen Studien geforscht hat. Meine erste Eingangsfrage richtet sich an Herrn Kalkuhl. Wer trägt eigentlich die Kosten unserer Klimapolitik im Allgemeinen und der CO₂-Bepreisung im Besonderen? Was wissen wir dazu und wer wird vielleicht zukünftig belastet sein?

Matthias Kalkuhl [00:03:56]



Ja, ich glaube, was wir die letzten Monate auch in der Debatte um das GEG gemerkt haben und alle auch zu spüren bekommen haben, ist, dass Klimapolitik sehr teuer ist. Es gibt Modellrechnungen dazu, die zeigen, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, bedeutet massive Investitionen, die wir leisten müssen, was mit erheblichen Kosten verbunden ist. Und wenn man das global gut macht, gut koordiniert und dort macht, wo es auch eine gute Aufteilung zwischen den Ländern gibt, ist man bei mehreren Prozentpunkten Konsumverlusten, also bis zu 5 Prozent sagen dort die Integrated Assessment Modelle. Und das bestätigt eigentlich nur nochmal: Klimaschutz ist sehr teuer. Also Nichtstun ist natürlich auch sehr teuer und auch teurer, weil wir Klimaschäden haben. Aber trotzdem ist es so, dass die Kosten halt sehr sichtbar sind und bei den Leuten anfallen und dann sehr spürbar werden, wenn es zu den konkreten Maßnahmen kommt. Und ich glaube, das ist etwas, wo die Politik in der Vergangenheit vielleicht auch zu blauäugig war und sich das nicht wirklich genau angeschaut hat: Was kommt da an Kosten auf jeden Einzelnen zu? Die Frage ist, wer trägt diese Kosten? Und es wurde ja schon genannt, wir haben die CO₂-Bepreisung, wir haben die Kosten des Klimaschutzes. Und ich glaube, es ist gut, das zu trennen. Die CO₂-Bepreisung ist ja ein konkretes Instrument, eine Maßnahme, die irgendwie anreizen soll, CO₂ einzusparen. Und dadurch, dass ein Preis – eine Steuer oder ein Preis im Emissionshandel – anfällt, wird es erst mal teurer. Gleichzeitig werden aber auch Einnahmen generiert, die zurückerstattet werden können. Und selbst wenn man ein ideales System hätte, um alles zurückzuerstatten, dann würden trotzdem noch die eigentlichen Umstellungskosten anfallen, die Investitionskosten, die Kosten für die Wärmepumpe, die Kosten für das E-Auto, die Kosten für den Strom der Wärmepumpe und so weiter. Das heißt, die CO₂-Bepreisung ist eigentlich nur ein Hilfsmittel, um diesen Umstieg in der ganzen Wirtschaft zu forcieren. Und dann fallen nochmal die Kosten bei den einzelnen Sektoren an, bei den einzelnen Verbrauchern und Kunden, um wirklich die CO₂-Emissionen einzusparen. Und das ist dann auch wieder sehr heterogen. Wir haben uns das angeschaut im Gebäudesektor. Klar ist natürlich, wer einen Verbrenner hat, zahlt sehr viel für Benzin oder Diesel. Aber im Gebäudesektor haben wir auch eine sehr große Heterogenität. Etwas mehr als ein Fünftel der Haushalte hat Fernwärme oder bereits eine Wärmepumpe. Das heißt, dort fallen eigentlich wenig Kosten an. Weil Fernwärme und Wärmepumpe, die sind zwar nicht komplett emissionsneutral, aber die Emissionen werden dann im Industrie- und im Strombereich automatisch reduziert. Das heißt, es sind die Anbieter der Fernwärme, die Stromproduzenten, die müssen selber reduzieren. Da muss aber der Endverbraucher nichts mehr machen. Und dann haben wir knapp drei Viertel der Haushalte mit einer fossilen Heizung, die müssen eben sehr viel machen. Und da sind es vor allem die Eigentümer. Auch das sehen wir in den empirischen Studien, dass ein Großteil der Kosten letztlich kapitalisiert ist im Immobilienwert. Das heißt, eine Immobilie, die schlecht isoliert ist, mit Öl- und Gasheizungen läuft, die hat auch bisher schon an Wert verloren und eingebüßt, weil jeder, der so eine Immobilie verkaufen will, oder jeder, der sie kauft, natürlich weiß, hier muss viel getan werden. Das heißt, die Eigentümer von Einfamilienhäusern, Zweifamilienhäusern mit einer fossilen Heizung, das sind die, die dann ganz besonders stark belastet werden, wegen der Investitionskosten. Und letztlich fällt ein Teil natürlich auch auf die Mieter zurück, die dann gegebenenfalls mit höheren Mietanpassungen leben müssen. Wobei es da immer ein bisschen unklar ist: wie viel trägt der Vermieter, wie viel der Mieter? Aber wie gesagt, ein Großteil fällt auf den Eigentümer der Immobilie zurück, weil der die großen Investitionskosten stemmen muss. Also wir haben es mit einer sehr heterogenen Kostenverteilung zu tun, die sehr stark davon abhängt, welche Heiztechnik ist im Haus, wie gut ist das Haus isoliert? Ist es eine gemietete Wohnung, ist es ein Mehrfamilienhaus, wo die Wärmedämmung oft viel besser ist, die Wärmeverluste geringer sind. Also all diese Sachen sind sehr heterogen und führen dann zu einer großen Spreizung der Kosten.



press briefing

Moderator [00:08:35]

Vielen Dank. Meine zweite Eingangsfrage richtet sich an Herrn Sommer: Ist ein Pro-Kopf-Klimageld die beste Möglichkeit, um für die Kosten der CO₂-Bepreisung zu kompensieren? Oder gibt es da noch andere gute Alternativen?

Stephan Sommer [00:08:53]

Vielen Dank. Es gibt eine ganze Reihe von Alternativen, die auch in den letzten Jahren ziemlich stark diskutiert worden sind. Das Klimageld oder die Klimadividende ist mit Sicherheit das am meisten diskutierte Instrument. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, Strompreise zu senken. Das wurde ja auch schon umgesetzt durch die Bundesregierung, durch die Übernahme der EEG-Umlage in den Bundeshaushalt beispielsweise. Dann gibt es bestimmt noch weitere Gestaltungsmöglichkeiten. Und neben diesen beiden Möglichkeiten sind die zwei weiteren großen Alternativen, die diskutiert worden sind: Das sogenannte Green Spending, also die Verwendung der Einnahmen für weitere Klimaschutzinstrumente; also gar keine Rückverteilung in dem Sinne, also keine direkte zumindest. Und der Einsatz dieses Geldes, um ganz direkt, ganz gezielt Härtefälle zu kompensieren. Also, wie Matthias auch angesprochen hat, Leute, die eben auf das Auto angewiesen sind, viel fahren müssen oder auf eine fossile Heizung angewiesen sind, die sie nicht ersetzen können, zum Beispiel. Was heißt jetzt "die beste Möglichkeit"? Das ist natürlich eine gute Frage. Es gibt viele Dimensionen, wie man diese unterschiedlichen Instrumente gegeneinander abwägen kann. Gerechtigkeit ist zum Beispiel eine. Man könnte sich fragen: Was ist die gerechteste Alternative? Hier werden wir wahrscheinlich zu keiner klaren Antwort kommen, weil es in einer Gesellschaft ganz unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen gibt. Das Klimageld ist vielleicht in der Hinsicht das am einfachsten zu verstehende gerechte Instrument, weil einfach jeder das Gleiche, den gleichen Betrag zurückbekommt. Das ist in der Hinsicht vielleicht ein Vorteil. Ein weiterer Vorteil von Klimageld, um es als gutes oder besseres Instrument zu qualifizieren, ist, dass es progressiv wirkt. Das bedeutet, dass vor allem einkommensschwächere Haushalte hierdurch eher entlastet werden. Hier sei auch gesagt, Klimapolitik hat Kosten und die müssen irgendwie getragen werden. Also Klimapolitik führt immer auch zu Verteilungseffekten. Und diese Verteilungseffekte sind, wenn man nichts macht, häufig regressiv, weil einkommensschwache Haushalte einen größeren Anteil ihres Einkommens für solche Güter wie Energie, also Güter mit unelastischer Nachfrage, ausgeben. Das heißt, wenn man nichts macht, ist Klimapolitik meistens regressiv. Und durch das Klimageld könnte man diese regressiven Verteilungseffekte abschwächen. Dann würde je nach Rechnung, je nach Höhe des CO₂-Preises und je nach Rückerstattungsoption ungefähr die Hälfte der Haushalte durch die Rückzahlung des Klimageldes im Mittel zumindest entlastet werden. Dann sprechen wir von sogenannten vertikalen Verteilungseffekten, die dadurch abgeschwächt werden könnten. Nichtsdestotrotz gibt es natürlich auch in jeder Haushalts- oder Einkommensgruppe eine ganz große Streuung, eine ganz große Heterogenität, die man so pauschal mit dem Klimageld eben nicht abfedern kann. Im Mittel, wie gesagt, funktioniert das ganz gut, in der Breite dann eher nicht. Ja, neben dem Klimageld wirkt auch zum Beispiel die Senkung der Strompreise regressiv (Versprecher des Experten, gemein war 'progressiv'; Anm. d. Red.). Aus dem selben Grund: Einkommensschwache Haushalte geben einen größeren Anteil ihres Geldes für Strom aus und so könnten sie extra oder stärker davon profitieren. Härtefälle-Kompensation natürlich auch. Die ist vielleicht in der Hinsicht am besten geeignet, diese regressiven Verteilungseffekte abzuschwächen, weil wir hier ganz ge-



zielt Haushalte entlasten können. Die Schwierigkeit ist hier, die Haushalte zu identifizieren, die so stark darunter leiden. Und zuletzt noch das Green Spending, also beispielsweise die Einnahmen für Subventionen für diese hohen Investitionskosten, die Matthias eben angesprochen hat, zu verwenden. Da muss man sagen, diese Möglichkeit wird sehr stark befürwortet in so großen Umfragen, wie wir sie durchführen. Das ist also sicherlich die beliebteste Form der Verwendung der Einnahmen. In Hinblick auf die Verteilungseffekte oder die Gerechtigkeit würde man sagen, dass hier vermutlich einkommensschwache Haushalte nicht so sehr profitieren, weil sie eben nicht in den Genuss kommen, dieses Geld für Investitionen in ihre Heizungssysteme oder ihre Elektroautos einzusetzen. Vielleicht ganz kurz dazu. Da gibt es eine ganze Reihe von Akzeptanzeffekten. Aber das wird Sabine sicherlich gleich sagen. Also wenn man noch die beste Möglichkeit identifizieren will im Hinblick auf die Akzeptanz, dann sagt die Literatur eigentlich ziemlich eindeutig, dass das Green Spending die beste Möglichkeit wäre, weil hierdurch der Support am höchsten wäre.

Moderator [00:14:40]

Das ist schon die perfekte Überleitung gewesen zur nächsten Frage. Die nächste Frage an Sie, Frau Preuß, nämlich: Wie wichtig ist das Klimageld für die Akzeptanz der CO₂-Bepreisung und woher weiß man darüber überhaupt etwas?

Sabine Preuß [00:14:57]

Wir haben tatsächlich gesehen, dass die Verwendung der Mittel, die eingenommen werden durch den CO₂-Preis, ganz entscheidend ist für die Akzeptanz der CO₂-Bepreisung. Wir haben gesehen, dass vor allem der Klimaeffekt nicht direkt durch den CO₂-Preis gesehen wird. Also die Verhaltensänderungen, die durch den CO₂-Preis ausgelöst werden sollen, sind irgendwie verständlich, aber nicht so ganz leicht zu verstehen. Das heißt, die Akzeptanz wird vor allem über die Verwendung der Mittel hergestellt. Wir haben dazu tatsächlich eine Studie durchgeführt, bei der wir uns diese vulnerablen Gruppen, die schon angesprochen wurden, angeschaut haben, mit denen Fokusgruppen durchgeführt haben, Diskussionsrunden. Wir haben sie gefragt, wie sie zum CO₂-Preis stehen, und wir haben auch verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, wie das Geld wieder verwendet werden kann. Und da haben wir gesehen, dass, wie gerade schon gesagt wurde, die Gerechtigkeit eine große Rolle spielt, aber eben vor allem der Klimaeffekt; also, wie relevant oder gut fürs Klima wird die Verwendung der Mittel tatsächlich eingeschätzt? Aber auch, wie sehr bin ich davon betroffen? Beziehungsweise: wie sehr habe ich davon dann auch eine entsprechende Entlastung? Und tatsächlich, obwohl das Klimageld da objektiv gesehen gut abschneidet, hat es selbst in diesen sehr vulnerablen Gruppen nicht zu einer Akzeptanz geführt. Das hat am schlechtesten abgeschnitten in der Bewertung, weil viele tatsächlich gesagt haben: "Na ja, das ist ja irgendwie rechte Tasche, linke Tasche, ich zahle etwas und dann kriege ich es wieder zurück". Also der Mechanismus war nicht leicht zu verstehen. Außerdem wurde gesagt, dass der administrative Aufwand ja sehr, sehr groß ist und man auch nicht so genau weiß, was passiert eigentlich mit dem Geld, was durch den CO₂-Preis eingenommen wird? Irgendwie muss ich das doch sehen. Da ist natürlich das Klimageld gut, weil ich das direkt sehe. Ich bekomme es direkt oder einen Teil davon zurück, entsprechend umgelegt. Aber tatsächlich haben sich diese vulnerablen Gruppen, die wir uns angeschaut haben, gewünscht, dass es eben einen hohen Klimaeffekt hat und tatsächlich auch gerecht ist. Das heißt, von den Möglichkeiten, die wir Ihnen zur Auswahl gestellt haben und vorgestellt haben, war tatsächlich das Green Spending, also staatliche Investitionen in den Ausbau von Schienennetz oder



Windkraftanlagen, das war tatsächlich das, was am meisten Befürwortung gefunden hat und das als am gerechtesten wahrgenommen wurde und damit den höchsten Zuspruch hatte. Man sieht, dass es als sehr komplex wahrgenommen wird in der Bevölkerung. Und obwohl manche Maßnahmen objektiv sehr gut sind, muss man immer den Faktor Mensch mit berücksichtigen und im Hinterkopf haben und gucken, wie wird das Ganze wahrgenommen, wie kommt es an? [Wichtig ist], dass man das mitberücksichtigt und alle Gruppen mitnimmt. Ich glaube [das ist] eine ganz gute Ergänzung zu den anderen beiden Punkten – was objektiv wichtig ist, wer besonders betroffen ist und welche Möglichkeiten es gibt, das Geld noch zu verwenden. Also insgesamt kann man sagen: Das Klimageld trägt zumindest in den Ergebnissen von uns, und das deckt sich auch mit den Ergebnissen von Stephan [Sommer], nicht unbedingt zur Akzeptanz des CO₂-Preises bei.

Moderator [00:18:50]

Dazu haben wir direkt eine Anschlussfrage aus dem Publikum: Sehen Sie da irgendwie Chancen, wenn man das besser vermittelt oder wie könnte man das besser vermitteln?

Sabine Preuß [00:19:05]

Vermutlich ist die Vermittlung was sehr Zentrales. Ich glaube, es hängt auch viel damit zusammen, wer das Ganze vermittelt. Es ist natürlich immer einfacher und auch so ein bisschen eine Vertrauenssache, wenn es jemand ist, zu dem ich einen guten Zugang hab, der mir vielleicht nahe ist, der vielleicht zu meiner Ingroup gehört. Dann ist die Vermittlung natürlich eine ganz andere, als wenn es vielleicht nicht in meiner Sprache ist, also nicht in leichter Sprache aufbereitet ist. Also die Informationsweitergabe ist definitiv ein Punkt. Es ist aber nicht nur die Information. Wir wissen aus ganz viel Forschung, Information ist zum Teil hilfreich, aber nicht ausschließlich. Selbst wenn ich perfekte Infos gebe und alle über alles Bescheid wissen, ist es trotzdem nicht so, dass sie entsprechend handeln und es entsprechend akzeptiert wird.

Moderator [00:20:00]

Okay. Vielen Dank. Als nächstes habe ich eine Publikumsfrage an Herrn Sommer. Kann ein gleiches Klimageld für alle gerecht sein, wenn Wohlhabende genau das Gleiche bekommen wie einkommensschwache Haushalte? Besonders vor dem Hintergrund, dass die Wohlhabenden oft einen größeren CO₂-Fußabdruck haben.

Stephan Sommer [00:20:25]

Ja, gute Frage. Das meinte ich vorhin, dass es schwierig ist, die beste oder die gerechteste Alternative zu identifizieren, weil wir unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen haben. Dieses Klimageld, das zahlt ganz schön stark ein auf das Konzept der Gleichheit. Den gleichen Betrag zurückbekommen, das kann man aus einer bestimmten Perspektive eben fair finden. Es gibt vielleicht eine andere Möglichkeit. Man könnte das Klimageld nach Einkommen gestaffelt zurückbezahlen. So, dass einkommensschwache Haushalte beispielsweise einen absolut gesehen höheren Betrag zurückbekommen als einkommensstarke Haushalte. Das kann man auch gerecht finden. Ich glaube, im Deutschen benutzt man dafür auch den Begriff Gleichheit. Im Englischen würde man es eher equity nennen anstelle von equality. Als Gesellschaft muss man das für sich herausfinden, was die



gerechteste Lösung ist. Meine persönliche Meinung ist auch, dass das Klimageld am oberen Ende der Einkommensverteilung eben nicht besonders treffsicher ist und bestimmt nicht großen Nutzen stiftet in Sachen Klimaschutz oder Anreize setzt, Klimaschutz zu betreiben. Gerade im Hinblick [auf die Tatsache], dass die Emissionen da höher sind. Um nur mal ein Beispiel zu nennen: Die Emissionen im Verkehrsbereich im obersten Einkommensquintil sind ungefähr fünf Tonnen CO₂ und im untersten Einkommensquintil sind es weniger als zwei. Das ist schon ein großer Unterschied. Beim Heizen ist der Unterschied im Mittel gar nicht so groß. Im obersten Einkommensquintil sind es geschätzt etwas mehr als 4,5 Tonnen CO₂ und im untersten Einkommensquintil sind es knapp unter drei, also da ist der Faktor deutlich geringer.

Matthias Kalkuhl [00:23:04]

Um das zu ergänzen, ich glaube auch, wenn man das beschränkt, ist es natürlich eine Umverteilung von Reich nach Arm. Man hat aber auch mehr Aufwand, weil Einkommensprüfungen immer sehr kompliziert sind. Also, welches Einkommen vom Haushalt? Muss es dann irgendwie in der Steuererklärung gemacht werden? Gibt es eine Steuererklärungspflicht für alle? Also ich glaub, an sich ist es eine gute Idee, das zu machen. Aber die Probleme stellen sich dann in der Praxis, wenn man es wirklich einkommensabhängig machen will. Es muss dann gerichtsfest irgendwie ein Schwellwert gelegt werden. Schwellwerte haben auch wieder die Probleme: was ist, wenn man knapp drüber oder drunter ist? Hat es wieder problematische Anreizwirkungen? Macht man ein phase out, wird es wieder komplizierter. Und dann kann man vielleicht die obersten 20 Prozent rausnehmen und hätte für die untersten 80 Prozent halt ein bisschen mehr Geld. Aber man sieht schon an dieser Rechnung, dass man dabei so viel auch nicht spart. Das muss man sich gut überlegen, ob der Aufwand das dann auch wert ist. Denn eigentlich geht es um relativ wenig Geld, also vielleicht 100, 200, 300 Euro pro Person und pro Jahr. Und wenn man dann den Verwaltungskostenaufwand hat, der dann genauso hoch ist, dann ist es eigentlich Quatsch. Dann hat man mehr davon, wenn man wirklich jedem das zurückgibt und sich die Verwaltungskosten spart.

Moderator [00:24:28] Vielen Dank.

Sabine Preuß [00:24:29]

Tatsächlich gibt es ja verschiedene Möglichkeiten, um das Klimageld anzufassen. Ich weiß, dass es in Österreich die Regelung gibt, wenn ich richtig informiert bin - da gibt es das Klimageld, und wenn das ÖPNV-Netz, also das öffentliche Verkehrsnetz, gut ausgebaut ist, dann bekommt man weniger Klimageld. Wenn man aber mit Leuten aus Österreich spricht, ist es meistens so, dass das eigentlich nur in Wien gilt. Also diese praktische Umsetzung ist tatsächlich oft sehr schwierig, und es wird dann selbst von denen, wo es schon umgesetzt ist, diskutiert oder zum Teil kritisch gesehen. Zumindest ist es das, was ich mitbekommen habe.

Moderator [00:25:11]

Da wäre direkt noch eine Anschlussfrage: Weiß man für die Akzeptanzforschung viel auch aus anderen Ländern, wo es schon Formen von Klimageld gibt? An Sie, [Frau Preuß].



Sabine Preuß [00:25:23]

Es gibt Forschung aus anderen Ländern. Die zeigt tatsächlich in allen Ländern Ähnliches, dass es wirklich darauf ankommt: Wie ist der Effekt fürs Klima, wie gerecht wird das Ganze wahrgenommen? Wie gesagt, aus praktischer Erfahrung, ich weiß, in Kanada und in Österreich ist es umgesetzt. Und wenn man sich mit Leuten unterhält, sind die doch eher kritisch dem Ganzen gegenüber eingestellt beziehungsweise sehen Punkte, wo es immer noch hakt und [es] Verbesserungspotenzial gibt. Selbst in Ländern, in denen es umgesetzt ist, wird es diskutiert und kritisch gesehen.

Moderator [00:26:05] Und verstehen dort die Leute überhaupt, dass sie das Klimageld bekommen?

Sabine Preuß [00:26:11]

Ich gehe davon aus, zumindest [die], mit denen ich mich unterhalten habe, die haben schon verstanden, dass sie es bekommen. Da gibt es ja auch wieder unterschiedliche Möglichkeiten, wie das zurückgezahlt wird. Manchmal wird in Deutschland auch diskutiert, ob das nicht Teil der Krankenversicherung sein sollte, weil jeder eben krankenversichert sein muss. Da gibt es schon verschiedene Möglichkeiten. Es wird schon wahrgenommen, dass man das Klimageld bekommt oder die Klimadividende. Aber die Umsetzung und wie es letztendlich wahrgenommen wird, ist dann doch nicht optimal.

Moderator [00:26:45]

Die nächste Publikumsfrage würde ich gern wieder an Herrn Kalkuhl richten. Da geht es darum, dass in der Debatte zur CO₂-Bepreisung immer wieder Einzelbeispiele genannt werden von Menschen, die es besonders schwer trifft, die vielleicht alleinerziehend auf dem Land leben und einen alten Benziner fahren müssen. Oder ein Rentnerhepaar mit einem alten Haus. Für wie relevant halten Sie diese Beispiele tatsächlich? Wie viele Menschen sind da betroffen? Was macht man mit diesen Menschen letzten Endes?

Matthias Kalkuhl [00:27:20]

Ich halte die schon für politisch total relevant, weil letztlich die Politik ja mit solchen Einzelfällen konfrontiert wird. Oder die Politiker, die dann auch ihre Wahlkreise vertreten [und die] sich das anhören müssen. Und die müssen darauf eine Antwort geben, weil: Was macht man jetzt mit denen, was sollen die eigentlich machen? Und ich glaube, das ist die große Herausforderung bei der CO₂-Bepreisung, dass sie diese Kosten so sichtbar macht und dann auch den Einzelnen teilweise viel abverlangt. Wir haben uns das angeschaut mit den Härtefällen. Das ist schon ein Problem, dass die Streuung der Belastung sehr weit auseinandergeht. Und selbst wenn wir das mit dem Klimageld pro Kopf zurückerstatten, dann wäre es immer noch so, dass man selbst in der ärmsten Einkommensgruppe, also den ärmsten 20 Prozent, bei dem ärmsten Fünftel vermutlich immer noch 10 bis 20 Prozent Haushalte hat, wo das Klimageld nicht ausreicht, die sich trotzdem schlechter stellen. Und das sind dann solche Fälle. In dem Fall jetzt, Krankenschwester auf dem Land, muss man sich fragen: Ist das wirklich ein Geringverdiener oder ist das nicht eher Mittelschicht? Und dann gibt es natürlich zu jedem Härtefall auch einen Glücksfall. Es gibt genauso eine Krankenschwester auch, die in einer Mietwohnung wohnt und Fernwärme hat und überkompensiert wird. Und das zeigt echt



die große Herausforderung. [...] Es ist total schwierig zu erreichen, dass man keinem weh tut. Wir überlegen da intensiv, wie man es machen kann, und man kann es besser machen, indem man es stärker ausdifferenziert. Indem man ein Klimageld zurückerstattet, wie Frau Preuß es schon genannt hat auch in Österreich dieses Beispiel, stärker differenziert nach Regionen: Wie ist der ÖPNV überhaupt? Man könnte es auch nach Gebäudeart differenzieren: Haben die Haushalte überhaupt eine Öl- oder Gasheizung oder keine? Ist es ein schlechtes gedämmtes Gebäude oder nicht? Das ließe sich machen und dadurch ließen sich diese Härtefälle auch noch weiter reduzieren. Man muss allerdings sehr gut überlegen, wie man das denn ausgestaltet. Und da stehen wir eigentlich noch am Anfang, und ich glaube, das ist etwas, was wir in der Debatte noch brauchen. Wenn wir hohe CO₂-Preise wollen, müssen wir ein System haben, wo es keine Härtefälle gibt. Sonst wird es politisch nicht umsetzbar sein. Das ist nicht vermittelbar und nicht durchhaltbar von der Politik.

Moderator [00:30:02]

Eine weitere Anschlussfrage vom Publikum, die dazu passt, wäre, ob Sie auch berechnet haben, wie sinnvoll es wäre, das Geld zu reinvestieren, also vielleicht gerade zum Beispiel dann den ÖPNV auszubauen, um auch diese Härtefälle ein Stück weit zu entlasten oder denen andere Optionen zu geben?

Matthias Kalkuhl [00:30:25]

Was wir uns gut vorstellen könnten, ist, dass man sagt: Man muss total viel investieren, auch in den ÖPNV. Wir brauchen vermutlich auch Förderprogramme, weil [er] eben doch mit hohen Investitionskosten verbunden ist, der Umstieg auf die CO₂-freie Welt, auf das CO₂-freie Wohnen und Fahren. Und das muss es aber zusätzlich geben. Diese Investitionen im ÖPNV, die helfen unmittelbar, kurzfristig erst mal nicht bei der Belastung. Wir müssten eigentlich ein System finden, was dann doch die unmittelbare Belastung durch das Klimageld abmildert und den Leuten sagt: Ihr zahlt zwar den CO₂-Preis, aber das geht komplett an die Bevölkerung zurück. Es [dient] nicht zur Finanzierung von irgendetwas, sondern es ist ein Lenkungsinstrument, und wir erstatten es zurück. Pro Kopf ist die eine Möglichkeit. Die andere ist, ob man es differenziert, wobei auch da muss der Vorschlag erst ausgearbeitet werden, wie das gelingen kann. Und dann hat man natürlich noch die Investitionen, die anfallen, aber die ja erst über die Zeit sich realisieren lassen, den ÖPNV kann man nicht von heute auf morgen verbessern und auch nicht in jedem Haus kann man so schnell eine Wärmepumpe einbauen. Da muss man dann auch abwarten: Wie alt ist die Heizung? Wann steht die nächste Investition generell an? Mitunter ist es auch sinnvoll für die Haushalte, noch zehn Jahre, 20 Jahre zu warten mit der nächsten großen Investition. Und das macht es so kompliziert. Deswegen muss das genauer ausgearbeitet werden, wie das gelingen kann.

Moderator [00:32:04]

Meine nächste Frage, auch aus dem Publikum, richtet sich dann an Herrn Sommer. Denken unterschiedliche Gruppen eigentlich auch unterschiedlich in der Akzeptanz darüber, was letzten Endes passieren sollte, und ist es vielleicht so, dass vulnerable Gruppen tatsächlich stärker Commons-orientiert, steht hier, denken, also nicht so sehr auf den persönlichen Benefit schauen, sondern bei ihnen der gesellschaftliche Benefit im Sinne von effektiven Klimaschutz im Vordergrund steht? Kann man das gruppendifferenziert auch noch betrachten?



Stephan Sommer [00:32:36]

Ja, sicherlich ist es so, dass es ein paar ganz grundlegende Charakteristika gibt, die die Einführung einer CO₂-Bepreisung befürworten. Dazu gehört Einkommen, dazu gehört höhere Bildung. Dazu gehört, dass man sich politisch eher in der Mitte und links davon orientiert. Das sind ganz klassische persönliche oder sozioökonomische Charakteristika, die die Akzeptanz erhöhen. Dazu kommen dann noch ein paar weitere, wie Sabine [Preuß] auch gesagt hat. Vertrauen ist ganz besonders wichtig, wenn man [von] dem Support für CO₂-Bepreisung spricht, und darüber hinaus eigene Betroffenheit. Die vulnerablen Gruppen, wenn man sie so bezeichnen will [...], wir haben das in unseren Studien damit abgefragt, ob sie sich besonders stark belastet fühlen durch hohe Energiekosten. Da findet man ganz gravierende negative oder ganz große negative Effekte, was die Zustimmung zur CO₂-Bepreisung angeht. Das dreht sich dann so ein bisschen manchmal. Das hängt dann ab von der Höhe der CO₂-Bepreisung. Das hängt ab von der Rückerstattungsoption. Aber so im Allgemeinen kann man das auch durch die Literatur festhalten, dass eigene Betroffenheit und Vertrauen ganz wichtige Größen sind neben Einkommen, Bildung und so weiter, was sonst häufig genannt wird. Das findet sich praktisch in allen Studien, die sich das angucken, im Querschnitt. Also wenn man einmal eine große Befragung macht und die Akzeptanz erhebt und das auf unterschiedliche Gruppen runterbrechen will, dann findet man das üblicherweise durch die Bank. Was spannend ist, ist, wenn man die gleichen Leute mehrfach befragt, also im Längsschnitt, dann findet man nicht den Effekt auf die Akzeptanz per se, sondern auf die Veränderung in der Akzeptanz. Man kann nur dann empirisch statistisch ermitteln, wie Veränderungen in diesen Charakteristika, die wir beobachten können, zu Veränderungen in der Akzeptanz führen. Und dann findet man, dass diese ganzen Eigenschaften, die ich gerade genannt habe, eigentlich kaum eine Rolle mehr spielen. Eine Veränderung des Einkommens führt nicht mehr zu einer Veränderung von Akzeptanz. Dazu kommt noch, dass eine ganze Reihe dieser Variablen sich auch über die Zeit kaum verändern. Gerechtigkeitsvorstellungen zum Beispiel verändern sich nicht, Einkommen variiert auch nur relativ wenig, Bildungsabschlüsse verändern sich in der Zeit nur ganz wenig und so weiter. Das Einzige, was wir in unserer Studie herausgefunden haben, das tatsächlich einen Effekt auf die Veränderung der Akzeptanz hat, ist in der Tat die eigene Betroffenheit. Wenn Leute merken, dass die Energiekosten stark gestiegen sind in der Vergangenheit, dann reduzieren sie auch ihren Support, ihre Zustimmung.

Sabine Preuß [00:36:00]

Vielleicht noch ergänzend: Was wir auch ganz spannend fanden, wir haben uns ja gerade diese Härtefälle angeschaut. Zum Beispiel ein alleinerziehendes Elternteil, das aber weite Pendelstrecken hat, oder jemand, der Arbeitslosengeld bezieht, oder ein Rentnerhepaar auf großen Wohnflächen. Und tatsächlich [kam] es in diesen Diskussionsrunden, die wir hatten, nicht heraus, dass der eigene Benefit im Vordergrund stand. Nicht dieses: Okay, ich muss schauen, dass das Geld dafür verwendet wird, dass diese Härtefälle ausgeglichen [werden], sondern wirklich dieser soziale Aspekt, der stand tatsächlich im Vordergrund in dieser sozialen Diskussionsrunde. Wenn wir die Personen aber einzeln vorm Computer quantitativ befragt haben – sie mussten ja einen Fragebogen ausfüllen –, dann war die soziale Situation nicht da, sondern es war eher die einzelne Betroffenheit und der Fokus wieder auf dem individuellen Benefit. Und da wurden dann andere Mechanismen oder Mittelverwendungen bevorzugt. Diesen Unterschied zwischen der qualitativen und



quantitativen Forschung und den entsprechenden Ergebnissen, den fanden wir auch sehr spannend und einfach erstaunlich. Weil wir selbst in der Diskussionsrunde erwartet hätten, dass da mehr der eigene Vorteil im Vordergrund steht, aber da tatsächlich sehr gesellschaftsorientiert gedacht wurde, dass eben alle was davon haben, gerecht, Vertrauen. Die wichtigen zentralen Faktoren. Der Klimaeffekt vor allem.

Moderator [00:37:36]

Danke für die Ergänzung. Jetzt habe ich noch eine anders gelagerte Frage. Die bezieht sich auf den aktuellen Bundeshaushalt und die politische Debatte. Und die würde ich gerne an Herrn Kalkuhl stellen. Nämlich, ob man mit Blick auf den aktuellen Haushalt und die Klimapolitik, die da betrieben wird, ob Sie da großen Änderungsbedarf sehen in der Art und Weise, wie der Klima- und Transformationsfonds genutzt wird und wie aktuell diskutiert wird, ob man überhaupt noch Kompensationen für die CO₂-Bepreisung leisten kann oder nicht. Wie sehen Sie diese haushaltspolitischen Debatten gerade?

Matthias Kalkuhl [00:38:17]

Wir haben in Deutschland seit vielen Jahren eine Art implizites Dogma, dass [beim] Klimaschutz alles aus dem KTF, aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert werden soll, sprich: aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung. Der KTF wird natürlich auch immer aufgestockt mit Steuermitteln oder auch mit diesen Schuldentiteln, was jetzt verfassungswidrig war. Aber grundsätzlich ist irgendwie immer diese Vorstellung, wir wuppen das alles mit dem, was im KTF drin ist. Und ich glaube, das ist eine problematische Vorstellung, weil die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung, die müssten vermutlich zu einem großen Umfang zurückerstattet werden, um einfach die CO₂-Bepreisung gerecht zu machen. Und dann braucht es zusätzlich Mittel für Förderprogramme, für Infrastrukturausbau, für die Bahn, für die öffentlichen Gebäude. All das sind Sachen, die sind ja [ohnehin] öffentliche Aufgaben. Und wenn man dann meint, man müsse Industriepolitik machen, dann soll man das auch aus dem allgemeinen Haushalt finanzieren. Und ich glaube, das ist das Grundproblem: Wir haben einen Haushalt, der eigentlich nichts für Klimaschutz ausgeben will, sondern nur das für Klimaschutz ausgeben will, was aus der CO₂-Bepreisung kommt. Und damit einher geht natürlich das Problem, dass die CO₂-Bepreisung dann auch nur als Finanzierungsinstrument gesehen wird – wenn das Geld knapp ist, wird der CO₂-Preis erhöht. Und insofern fehlt da wirklich das Konzept: Wie machen wir die CO₂-Bepreisung sozial gerecht? Wie machen wir sie fit für deutlich höhere Preise? Und wie können wir das so ausgestalten, dass es zu keinen sozialen Verwerfungen kommt? Und wie kann man eigentlich die anderen Aufgaben, die alle auch finanziert werden müssen, dann [finanzieren] aus dem allgemeinen Haushalt. Und ich glaube, diese Debatte müssen wir führen.

Moderator [00:40:09]

Da ist vielleicht eine weitere Frage ganz passend. Das wäre dann eine innovative Lösung. Die Politik entscheidet gar nicht selbst, sondern man schickt einfach einen Brief an alle Menschen in Deutschland, ob sie gerne das Klimageld erhalten möchten oder nicht. Was würde das für die Akzeptanz bedeuten? Würden das Menschen überhaupt wählen, Frau Preuß, was glauben Sie?



press briefing

Sabine Preuß [00:40:35] Hm. Schwierige Frage.

Moderator [00:40:39]

Gibt es da überhaupt Forschung dazu? Man lässt die Leute einfach selber wählen.

Sabine Preuß [00:40:51]

Ich kenne keine Forschung dazu tatsächlich. Ich weiß nicht, Stephan, ob du da was zu kennst?

Stephan Sommer [00:41:04]

In unseren Studien finden wir, dass die Akzeptanz im Zweifelsfall von der Interaktion abhängt, des Preises für CO₂ und der Rückverteilungsoption. Und da finden wir, dass wenn der CO₂-Preis steigt, dann [sinkt] der zustimmungsfördernde Aspekt von Green Spending, [...] das heißt, Green Spending wird [umso] unbeliebter oder weniger zustimmungswichtig, je höher die Preise sind. Und der umgekehrte Effekt trifft auf das Klimageld zu. Wenn der Preis ansteigt, dann steigt die Zustimmung besonders stark, wenn ein hoher Anteil von direkter Rückerstattung im Rückverteilungsmix ist.

Matthias Kalkuhl [00:42:06]

Ich glaube, wir müssen im Kopf behalten, dass für die meisten Leute diese ganze Debatte sehr kompliziert ist. Es ist ja auch schon gesagt worden von Stephan [Sommer] und Sabine Preuß: Der Wirkmechanismus wird nicht verstanden, die einzelne Verteilungswirkung wird nicht so verstanden. Es wird auch nicht das Problem mit den Förderprogrammen oft gesehen von den Leuten, wie schwierig das ist, die in der Realität zu machen. Und deswegen muss man auch vorsichtig sein, glaube ich, wenn man das mit so einer basisdemokratischen Frage macht, weil die Zielkonflikte und das, was daran hängt, eigentlich von vielen auch nicht verstanden wird. Und wenn wir da richtig ambitionierte Klimapolitik machen wollen mit sehr hohen CO₂-Preisen oder auch mit total hohen Förderprogrammen, da können dann Leute [für] irgendetwas stimmen, was sie aus dem Bauch heraus gut finden und überzeugend finden, ohne dass sie sich [über die] Konsequenzen voll im Klaren sind. Und da sehe ich so ein bisschen die Gefahr, weil es ja doch eine sehr komplizierte Debatte ist, wo viele Leute gar nicht einsteigen, sondern ihrem Bauchgefühl folgen. Das wäre meine Befürchtung.

Moderator [00:43:19]

Dann habe ich hier noch eine letzte Publikumsfrage. Demnach weisen auch andere Expert*innen darauf hin, dass es eventuell die Klima- und Umweltpolitik überfordert, wenn man jetzt auch noch soziale Probleme dadurch lösen möchte? Wäre es nicht besser, diese sozialen Fragen komplett zu trennen von der Klimapolitik und zu sagen, wir erhöhen halt eventuell das Bürgergeld oder führen an anderen Stellen Unterstützung ein und verbinden das gar nicht in der Debatte. Ja, [Frau Preuß], Sie wollen?



press briefing

Sabine Preuß [00:43:56]

Tatsächlich sehe ich zumindest immer mehr Verbindungen zwischen der Sozial- und der Umweltpolitik. Und ich glaube, dass wir das nicht lösen können. Gerade wenn es um eine gerechte Energiewende geht, dann werden diese Fragen immer mehr in den Vordergrund kommen und das dann strikt zu trennen – aus meiner Sicht glaube ich nicht, dass das funktioniert. Ich glaube, dass hier eine engere Zusammenarbeit notwendig wird, dass man nicht sagen kann, okay, hier haben wir das Ziel für Umweltpolitik, hier haben wir das Ziel für Sozialpolitik, sondern da muss eine gemeinsame Entwicklung entstehen und ein gemeinsamer Austausch. Ich würde von der Trennung abraten und eine engere Kooperation eher befürworten.

Moderator [00:44:41] Ja, Herr Kalkuhl.

Matthias Kalkuhl [00:44:43]

Ja, ich glaube auch, man kann es nicht trennen, weil es natürlich immer diese Auswirkungen gibt und deswegen muss man sie mit bedenken. Ich glaube aber, es gibt eine Gefahr, wenn man Klimapolitik jetzt überfrachtet mit verteilungspolitischen Forderungen. [...] Man wird immer das Problem haben, dass reiche Leute sich weiter CO₂-intensiven Konsum leisten können, wenn sie es unbedingt wollen. Sie werden auch mehr fliegen können beispielsweise, auch wenn sie einen CO₂-Preis dafür zahlen und deutlich mehr unterm Strich zahlen als vielleicht andere Leute, wenn es so etwas wie Klimageld gibt. Und manchmal erlebe ich in den Debatten, dass das immer als Argument kommt: Die Reichen kaufen sich ja frei, und wir müssten doch eigentlich viel radikaler darüber denken. Und da würde ich dann sagen, das muss man dann doch trennen an der Stelle. Wenn der Privatjet-Konsum ein Problem ist, dann soll man das einfach separat machen. Und wenn Einkommensungleichheit ein gesellschaftliches Problem ist, wo die Mehrheit der Gesellschaft das anders will, dann sollte man auch das einfach separat angehen. Insofern wäre mein Plädoyer, das auf keinen Fall zu trennen. Sondern wir müssen immer die sozialen Auswirkungen der Klimapolitik mit bedenken und eine Lösung schaffen, die im Paket gerecht ist, aber auch die Klimapolitik nicht mit sozialpolitischen und verteilungspolitischen Forderungen überfrachten. Weil dann ist das Risiko, dass die Klimapolitik auf der Strecke bleibt, doch sehr hoch.

Moderator [00:46:11]

Vielen Dank. In Anbetracht der Zeit will ich jetzt auch schon zu der Abschlussfrage kommen und die stelle ich auch Ihnen als Erstem, Herr Kalkuhl, weil Sie ja gleich los müssen: Wie würden Sie, wenn Sie könnten, denn Klimageld oder CO₂-Kompensation ausgestalten, jetzt und in den kommenden Jahren?

Matthias Kalkuhl [00:46:32]

Ich würde den CO₂-Preis erhöhen, die Einnahmen zurückerstatten in Form eines Klimageldes, was allerdings stärker ausdifferenziert werden sollte nach Betroffenheit. Und es gibt da ein schönes Beispiel, nämlich die Gaspreisbremse, die keine Preisbremse ist, wie der Name sagt, sondern die



wirklich eine Kompensation ist anhand des Bedarfes, des historischen Verbrauchs, der vor der Gas-krise gegolten hat für einen Haushalt. Und das ist ein Beispiel, wie man es geschafft hat, auch in kurzer Zeit relativ zielgenau zu entlasten. Man hat immer noch das Problem zwischen Arm und Reich und so weiter, aber erst einmal [werden die], die stark betroffen sind von den Preisen, auch stark entlastet. Und ich glaube, in so eine Richtung sollten wir auch beim Klimageld nachdenken, wie das unbürokratisch, einfach funktioniert. Und hinzu kommt, wie schon gesagt, wir müssen im Bundeshaushalt separate Posten für den Klimaschutz, für die Förderprogramme haben, die ja auch noch fällig sind, damit auch diese Kosten, die eigentlichen Kosten des Klimaschutzes, damit auch die fair verteilt werden.

Moderator [00:47:51]

Vielen Dank. Herr Sommer, wie würden Sie es denn dann halten? Schließen Sie sich da an oder haben Sie da noch ein paar Anmerkungen?

Stephan Sommer [00:48:01]

Ich schließe mich grundsätzlich an. Ich glaube auch, wir brauchen vor allem einen höheren CO₂-Preis, um unsere Klimaziele zu erreichen. Und die Einnahmen müssen dann zurückerstattet werden. Wie genau man das machen möchte? Ich glaube, die Antwort sind wir noch schuldig [geblieben]. Aber dass das Geld irgendwie bei der Bevölkerung ankommen muss, da sind wir uns alle ziemlich einig. Ob das wie bei der Gaspreisbremse gemacht wird oder anders, das müssen wir vielleicht noch in weiteren Studien genau untersuchen, wie dann die genauen Verteilungseffekte sind.

Moderator [00:48:42]

Und Frau Preuß, so aus Akzeptanzperspektive: Wie würden Sie das dann machen?

Sabine Preuß [00:48:49]

Ich stimme den beiden zu, würde aber tatsächlich nicht nur eine Maßnahme nutzen, sondern würde eine Kombination nehmen, sodass wir mehr Personen erreichen und hoffentlich eine breitere Akzeptanz erreichen. Und tatsächlich auch, dass die Bürger*innen sehen, [...] welche Handlungsoptionen sie haben [...] und [wie sie] gegen den Klimawandel etwas tun können. Ich glaube, das ist auch total wichtig, dass sie hier ein Stück weit beteiligt werden und vielleicht lokale Projekte auf kommunaler Ebene entsprechend gefördert werden, dass man da was sieht, was gegebenenfalls auch wieder Vertrauen schafft.

Moderator [00:49:28] Spielt da dann auch die Medienberichterstattung eine Rolle eventuell?

Sabine Preuß [00:49:32]

Mit Sicherheit. Kann ich mir gut vorstellen, dass es wichtig ist, wie darüber berichtet wird. Auf jeden Fall, sehen wir ja bei vielen anderen Themen auch.



Moderator [00:49:45]

Also es kommt darauf an, auch Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen?

Sabine Preuß [00:49:50] Ja, korrekt.

Moderator [00:49:51]

Vielen Dank. Ja, dann haben wir jetzt perfektes Timing, 10:50 Uhr, und sind damit am Ende dieses Press Briefings. Vielen Dank erst einmal an Sie, liebe Experten, liebe Expertin, und auch an alle Journalist*innen, die hier teilgenommen haben. Ich fand es superinteressant und hoffe, Sie hatten auch eine schöne Zeit. Und danke auch an die Kolleg*innen von mir, die da im Hintergrund supportet haben. Ja, machen Sie es alle gut und dann bis zum nächsten Mal hoffentlich. Wiedersehen. Tschüss.

Sabine Preuß [00:50:28] Danke schön. Tschüss.



press briefing

Ansprechpartner in der Redaktion

Hendrik Boldt

Gastwissenschaftler

Telefon +49 221 8888 25-0

E-Mail redaktion@sciencemediacenter.de

Impressum

Die Science Media Center Germany gGmbH (SMC) liefert Journalisten schnellen Zugang zu Stellungnahmen und Bewertungen von Experten aus der Wissenschaft – vor allem dann, wenn neuartige, ambivalente oder umstrittene Erkenntnisse aus der Wissenschaft Schlagzeilen machen oder wissenschaftliches Wissen helfen kann, aktuelle Ereignisse einzuordnen. Die Gründung geht auf eine Initiative der Wissenschafts-Pressekonferenz e.V. zurück und wurde möglich durch eine Förderzusage der Klaus Tschira Stiftung gGmbH.

Nähere Informationen: www.sciencemediacenter.de

Diensteanbieter im Sinne MStV/TMG

Science Media Center Germany gGmbH

Schloss-Wolfsbrunnenweg 33

69118 Heidelberg

Amtsgericht Mannheim

HRB 335493

Redaktionssitz

Science Media Center Germany gGmbH

Rosenstr. 42-44

50678 Köln

Vertretungsberechtigter Geschäftsführer

Volker Stollorz

Verantwortlich für das redaktionelle Angebot (Webmaster) im Sinne des §18 Abs.2 MStV

Volker Stollorz

